

Afghanische Helfer: Von Deutschland im Stich gelassen

Anmoderation

Anja Reschke:

Ukraine , IS-Terror, Ebola – es gibt einiges zu tun in der Welt. Und Deutschland will und soll sich stärker engagieren. Aber egal, wo deutsche Soldaten, wo deutsche Entwicklungshelfer hingehen, sie werden Hilfe brauchen. Von Menschen vor Ort, die übersetzten können, Kontakte machen, sich auskennen. Menschen, die aber ein Risiko eingehen, wenn sie uns helfen. Denn in ihrem Land gelten sie dann oft als Verräter. Diese Menschen werden uns also nur helfen, wenn sie sicher sein können, dass wir auch Verantwortung für sie übernehmen. Kann man ja mal gucken: wie hat Deutschland das denn sonst so gemacht: in Afghanistan etwa. Nun nach Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung bekleckert sich die Regierung da nicht gerade mit Ruhm

Sie haben für uns ihr Leben riskiert: afghanische Helfer von Bundeswehr und deutscher Entwicklungshilfe. Die Bundesregierung gab ihnen dafür ein einfaches Versprechen: Deutschland ist ein Land, das seine Verantwortung kennt. Ein Land, das auch in Zukunft für ihre Sicherheit sorgt.

O-Ton

Thomas de Maizière, CDU

Bundesinnenminister, Juni 2014:

„Viele haben uns dabei geholfen aus dem Land. Ortskräfte, Übersetzer, andere. Wir wollen, dass sie in Afghanistan eine sichere Zukunft haben und helfen ihnen dabei, auch Existenzen zu gründen. Für den Fall aber, dass sie bedroht sind, latent oder offen, bieten wir ihnen auch Schutz in Deutschland. Darauf können sich alle verlassen.“

Doch was ist dieses Versprechen wert? Auf die Straßen von Kunduz traut sich Amruddin Muradi nur noch verhüllt: er fürchtet um sein Leben. Der Grund: Er hat jahrelang für die alliierten Truppen gearbeitet. Von 2009 bis 2013 war Muradi als Übersetzer bei der Bundeswehr. Den Taliban blieb das nicht verborgen.

Muradi liest uns einen Drohbrief vor, den er erhalten hat:

„Amruddin, Du hast für die Ungläubigen gearbeitet. Du bist ein Spion der ausländischen Truppen in Kunduz. Wenn wir Dich erwischen, werden wir Dich töten. Du bist zum Tod verurteilt worden.“

Auch ein Video lag eines Tages vor der Haustür: zuerst Propagandabilder der Aufständischen mit Anschlägen auf die alliierten Truppen.

Dann Bilder von Muradis Einsätzen mit den ISAF-Truppen. Er wurde mit roten Pfeilen markiert, daneben das Wort Spion. Die Botschaft der Taliban: wir wissen, was Du tust. Am Ende des Videos ein Koranvers: „Tötet sie. Gott bestraft sie durch Eure Hände.“

Trotzdem darf Muradi nicht nach Deutschland. Seine Anträge vom März und Juli 2014 wurden abgelehnt. Zitat aus dem Ablehnungsbescheid: Es gebe *„keine Anhaltspunkte dafür, dass Sie aufgrund ihrer Tätigkeit für die Bundesrepublik Deutschland einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind.“*

Lob und Anerkennung für seine Arbeit bekam Muradi von der Bundeswehr regelmäßig, nach Deutschland darf er trotz seiner Verdienste aber nicht. Das kann er nicht verstehen.

O-Ton

Amruddin Muradi,

ehem. Dolmetscher Bundeswehr:

„Sie haben doch die Verantwortung, mich hier rauszuholen, aus all den Problemen, dem Leid und der Gefahr.“

Für die Rettung afghanischer Ortskräfte wurde in Berlin bereits vor einem Jahr ein einheitliches Verfahren eingeführt: Doch die Zwischenbilanz fällt ernüchternd aus: rund 1100 Gefährdungsanzeigen sind eingegangen, davon wurden 60 % abgelehnt. Der ehemalige Wehrbeauftragte hält den Umgang mit afghanischen Helfern für skandalös.

O-Ton

Reinhold Robbe,

ehem. Wehrbeauftragter des Bundestages:

„Es ist beschämend, wie deutsche Behörden mit diesem Thema umgehen. Wenn wir uns andere Länder anschauen, ich nenne die Vereinigten Staaten von Amerika, ich nenne Großbritannien, dann passiert das dort ganz unproblematisch, das heißt, die Ortskräfte werden zunächst aufgenommen und dann wird im Lande hier geprüft, ob die Angaben dann den Tatsachen entsprechen. So einfach ist die Lösung, aber bei uns ist das offensichtlich nicht möglich.“

Besonders heikel ist die Situation für afghanische Mitarbeiter in deutschen Entwicklungshilfeprojekten. Sie wurden in mehreren Fällen nicht einmal ausreichend über die Möglichkeit informiert, nach Deutschland zu kommen. Aus Angst will er sein Gesicht nicht zeigen.

O-Ton

afghanische Ortskraft:

„Es gab einmal ein Treffen mit einem hochrangigen deutschen Vertreter der GIZ, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Er sagte uns, man könne uns da nicht helfen, das Aufnahmeprogramm in Deutschland gebe es nur für Mitarbeiter der Bundeswehr, nicht für uns, weil wir mit Zivilisten arbeiteten.“

Auch dieser Mitarbeiter der deutschen Entwicklungshilfe wurde bedroht, er zeigt seine Anzeige bei der Polizei unserem Übersetzer. Das Entwicklungshilfeministerium bestreitet, dass afghanische Ortskräfte systematisch abgeblockt werden. Zudem seien Entwicklungshelfer weniger gefährdet als Mitarbeiter der Bundeswehr. Der ehemalige Wehrbeauftragte widerspricht.

O-Ton

Reinhold Robbe,

ehem. Wehrbeauftragter des Bundestages:

„Das ist in gar keiner Weise nachvollziehbar. Die Sprachmittler, die für zivile Organisationen oder beispielsweise für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit tätig sind, unterliegen denselben Gefahren wie die Sprachmittler, die für die Bundeswehr tätig sind. Insofern darf es hier keine Unterschiede geben, und wenn sie gemacht werden, dann müssen sie ganz schnell abgestellt werden.“

Keiner der verantwortlichen Minister will sich vor der Kamera äußern. Schriftlich heißt es: bei drohender Gefahr könne jeder afghanische Mitarbeiter nach Deutschland kommen, „schnell und unbürokratisch“.

In Wirklichkeit ist der Weg oft eher lebensgefährlich.

Wer keine Hilfe bekommt, geht illegal zu Fuß nach Deutschland. Abdullah Arian musste seinen Schleppern 20.000 Dollar zahlen für seine Flucht über den Iran, die Türkei und den Balkan.

Arian war Dolmetscher der Bundeswehr in Kunduz. Seit 10 Monaten lebt er in einer Asylunterkunft am Starnberger See. Zusammen mit einem Freund erzählt er uns seine Geschichte: Nach Drohanrufen der Taliban wollte er versetzt werden. Weil die Bundeswehr das nicht erlaubte, kündigte er und entschloss sich zur Flucht:

O-Ton

Abdullah Arian,

ehem. Dolmetscher Bundeswehr:

„Sie sagten, nein, du musst die Gefahr beweisen, der du ausgesetzt bist. Da sagte ich: nein, das kann ich nicht beweisen. Und ich will nicht erst getötet werden, damit ihr einen Beweis habt.“

Arian war in Afghanistan einer Einheit zugeordnet, die ständig Kontakt zur afghanischen Zivilbevölkerung hatte. Sein Vorgesetzter musste ihm wegen der permanenten Präsenz der Taliban blind vertrauen. Wir treffen ihn in der Nähe von Hamburg. Björn Schreiber versteht bis heute nicht, warum sich Deutschland bei einem Mann wie Abdullah Arian aus der Verantwortung stiehlt.

O-Ton

Björn Schreiber,

ehem. Bundeswehrangehöriger Kapitänleutnant:

„Ich finde das beschämend, weil unsere Unterstützer haben zu uns gestanden, wir haben Verantwortung für diejenigen übernommen und jetzt lassen wir diejenigen im Stich. In meinen Augen sieht Dankbarkeit deutlich anders aus.“

Im laufenden Asylverfahren soll Arians Arbeit als Dolmetscher jetzt berücksichtigt werden. Er überbringt die Nachricht per Internettelefonat seiner Frau, die mit der zweijährigen Tochter noch in Afghanistan ist - noch immer in Lebensgefahr. Hatte die Bundesregierung nicht versprochen, bei der Gefährdung von Ortskräften auch deren Familien in Deutschland aufzunehmen? Beim Umgang mit unseren afghanischen Helfern ist sie nicht zu übersehen: die bürokratische Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

O-Ton

Thomas de Maizière, CDU,

Bundesinnenminister:

„Für den Fall aber, dass sie bedroht sind, latent oder offen, bieten wir ihnen auch Schutz in Deutschland. Darauf können sich alle verlassen.“

Bericht: Thomas Berbner, Christoph Heinzle, Volkmar Kabisch

Kamera: Said Amir Akbari

Schnitt: Wolf Krannich